



Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz



Schwyzner Kantonalebank

AUSLESE

Adressen H+I Kanton Schwyz

H+I-Präsident:

Ruedi Reichmuth
lic. iur. HSG, Rechtsanwalt
Convisa AG, Unternehmens-,
Steuer- & Rechtsberatung
6431 Schwyz
Tel. 041 819 60 60
Fax 041 819 60 69
praesident@h-i-sz.ch
ruedi.reichmuth@convisa.ch

H+I-Geschäftsführer:

Roman Weber
lic. iur. Rechtsanwalt
Anwaltskanzlei Weber
Gersauerstrasse 7
Postfach 618
CH-6440 Brunnen
Tel. 041 820 34 44
Fax. 041 820 34 55
info@h-i-sz.ch

Kasse:

Schwyzner Kantonbank
Tel. 041 819 41 11
Fax 041 819 41 27

Für die H+I-AUSLESE nehmen in den einzelnen Regionen gerne Meldungen entgegen:

Schwyz–Brunnen–Steinen–
Gersau–Arth–Goldau:
Roman Weber
Tel. 041 820 34 44
info@h-i-sz.ch

Küssnacht:

Josef Stübi
Tel. 041 854 04 00
josef.stuebi@baer.ch

March, Höfe, Einsiedeln:

Georges Kaufmann
Tel. 055 410 11 69
georg.kaufmann@winterthur.ch

Gesamtverantwortung

für die H+I-Auslese
(Herausgabe und Redaktion):
Sekretariat H+I
Redaktion Teil «SZ»:
Franz Steinegger, Schwyz
Tel. 041 819 08 76
Abschlussredaktion:
RA Dr. iur. Reto Wehrli, Schwyz
Tel. 041 811 80 80
Satz, Druck, Spedition:
Bruhin AG, druck | media,
Freienbach
Tel. 055 415 34 34
www.bruhin-druck.ch

Sekretariat Wirtschafts- wochen:

Georg Stäheli
Treuhandbüro
Kirchstrasse 42
Postfach
8807 Freienbach
Tel. 055 415 78 00
Fax 055 415 78 01
g.staeheli@staeheli-treuhand.ch

Inhaltsverzeichnis

SZ

Wirtschaftsmeldungen 4–6

Aktuell

Schweizer KMU:
Technischer Fortschritt im Fokus 7

Themen

Wachstumsdynamik schwächt sich ab.... 8–9

Die Scheinselbständigkeit –
ein facettenreiches Politikum..... 10

Geburtstag für die Frauen – 14. Juni 11–12

Leichter Anstieg der Anzahl
baubewilligter Wohnungen 12

Index 13

Kommentar zum Zeitgeschehen

Steuerpolitik allein genügt nicht mehr 14–15

Unerwünschte Telefonwerbung



Roman Weber
H+I-Geschäftsführer

Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

Ich bin mir bewusst, dass es zur Zeit grössere Probleme (z.B. Too big to fail-Problematik, Ausstieg aus der Atomenergie, starker Franken usw.) zu lösen gibt als dasjenige, welches ich heute anspreche. Nichtsdestotrotz ist es mir ein Anliegen, folgendes Randproblem zu thematisieren.

Ich spreche von der unerwünschten Telefonwerbung. Beinahe täglich wird man von gesichtslosen Frauen und Männern zuhause, aber auch im Büro – was der Arbeitgeber sehr zu schätzen weiss –, ungefragt durch telefonische Werbung belästigt. Diese fängt beim Verkauf von Freilandeiern an und geht über ein Spezialangebot der Schweizer Illustrierten bis hin zur Offerte einer Versicherung. Die

Anrufe werden selbst dann getätigt, wenn der Inhaber eines Telefonanschlusses mit einem Stern im Telefonverzeichnis darauf hinweist, dass er keine Werbung wünscht. In diesem Fall kann diese penetrante Form der Direktwerbung eine Persönlichkeitsverletzung bedeuten, wobei dagegen nach den Artikeln 28ff. des Zivilgesetzbuches vorgegangen werden kann. Da solche Anrufe aber von den verschiedensten Firmen getätigt oder in Auftrag gegeben werden, bedeutet dies, dass in jedem einzelnen Fall ein separates Verfahren geführt werden müsste. Das ist nicht nur unpraktikabel, sondern stellt für den Betroffenen auch eine finanzielle Belastung dar.

Da ich davon ausgehe, dass es den allermeisten Bürgerinnen und Bürgern gleich geht wie mir, nämlich, dass Telefonwerbung zumindest zuhause grundsätzlich unerwünscht ist, sollte eine einfache Lösung gefunden werden, um diesen Belästigungen Herr zu werden.

Eine Möglichkeit wäre, dass man die Telefonwerbung ganz verbietet. Da ein solches Verbot aber weder im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger noch der werbefreudigen Firmen ist, handelt es sich nicht um einen gangbaren Weg. Eine weitere Option wäre, dass diejenige Firma, die den Stern im Telefonverzeichnis missachtet, somit einen Fehler begeht und sich im Übrigen auch einen unrechtmässigen Wettbewerbsvorteil gegenüber den gesetzestreuen Firmen verschafft,

für jeden einzelnen Verstoss eine standardisierte Busse oder eine festgelegte Genugtuung an den Belästigten bezahlen muss. Um dieser finanziellen Belastung zu entgehen, müssten die Telefonwerber eine grössere Sorgfalt bei der Auswahl ihrer Gesprächspartner walten lassen, womit die Belästigungen rasch nachlassen würden.

Noch besser wäre es aber, der Vermutung folgend, dass Telefonwerbung grundsätzlich unerwünscht ist, wenn der Inhaber eines Telefonanschlusses gar nichts machen muss, d.h. nichts im Telefonverzeichnis vermerken muss. In diesem Fall könnte derjenige, der die Telefonwerbung wünscht, dies mit einem Stern im Telefonverzeichnis markieren lassen. Ein Verstoss könnte auch hier mittels Busse oder Genugtuung geahndet werden.

Aus diesen Ausführungen geht hervor, dass durchaus einfache Lösungen für dieses Problem existieren. Nur wurden diese aber aus für mich unerfindlichen Gründen von den relevanten Stellen noch nicht gefunden.

Liebe Leserinnen, liebe Leser, ich wünsche Ihnen erholsame Ferien in der Ferne und/oder einen wunderschönen und möglichst belästigungsfreien Sommer zuhause.

Roman Weber

Kantonalbank im Bilan-Rating auf Platz 2

Seit 2002 analysiert das Westschweizer Wirtschafts-magazin «Bilan» die Jahresabschlüsse der Kantonalbanken der Schweiz. Bei der aktuellen Untersuchung konnte die Schwyzer Kantonalbank SZKB ihre Stärken bestätigen und landete mit einer noch leicht höheren Punktzahl von 4.86 als im Vorjahr (4.82) auf dem sehr guten 2. Platz aller Kantonalbanken. Beim Vergleich über die letzten neun Jahre konnte sich die SZKB während der gesamten Betrachtungsperiode immer im vordersten Drittel platzieren. Damit wird die marktnahe, innovative und auf Kontinuität ausgerichtete Geschäftspolitik der Schwyzer Kantonalbank bestätigt. Die SZKB gehört auch zu den profitabelsten und effizientesten Banken der Schweiz. Es wurden elf Kriterien bewertet. Beim Kriterium Zwischenergebnis pro Mitarbeiter erhielt die SZKB die Höchstnote 6. Die tiefste Note erhielt die Bank für die Eigenkapitalrendite. Diese ist vergleichbar mit anderen Kantonalbanken mit einem hohen Eigenkapital im Vergleich zur Bilanzsumme.

SOB beförderte über 13 Millionen Passagiere

Die Südostbahn (SOB) konnte an der Generalversammlung Mitte Juni eindruckliche Zahlen präsentieren. Sie transportierte im vergangenen Jahr 13,23 Mio. Passagiere, was einer Zunahme von drei Prozent entspricht. Der Gesamtertrag konnte um 3,5 Prozent auf 125 Mio. Franken gesteigert werden. Der Unternehmensgewinn beträgt 153 000 Franken. 2010 wurden auch grosse Aufträge erteilt und beispielsweise zwölf neue Flirt-Züge bestellt. Für Projekte entlang des Streckennetzes wurden 57 Mio. Franken aufgewendet. Die Züge legten 208 Millionen Personenkilometer zurück. Zufrieden zeigte sich Verwaltungsratspräsident Bruno Melnik über die erfolgreich abgeschlossene Unternehmensreform. Neu verfügt die SOB über eine prozessorientierte Struktur mit Trennung von Verkehr und Infrastruktur.

Kantonalbank realisiert Riesenprojekt in Brunnen

Vor zwei Jahren hat die Schwyzer Kantonalbank das 72 000 Quadratmeter grosse Areal der ehemaligen Zementfabrik in Ingenbohl gekauft. Jetzt ist das konzeptionelle Projekt «Nova Brunnen» vorgestellt worden. Im Sommer wird das Baugesuch für die erste Etappe eingereicht. Dabei werden rund 60 Mio. Franken investiert und vor allem Arbeitsplätze geschaffen. Die Geschäftsbauten sind im Cleantech-Level geplant.

In den folgenden vier oder fünf Etappen sind auch rund 200 Wohneinheiten geplant. Gesamthaft wird mit Investitionen von 350 bis 540 Mio. Franken gerechnet. Ganz «Nova Brunnen» soll belebt, gemischt genutzt und zu einem neuen Dorfteil werden. Das Areal gehört zur so genannten Achse «Urmiberg Nord», einem dreiteiligen Industrie-, Gewerbe- und Wohngebiet zwischen Seewen und Ingenbohl.

Rigi Bahnen in China aktiv

Die Rigi Bahnen AG ist seit 2004 auf dem chinesischen Markt aktiv. 2007 wurde ein Niederlassungsbüro in Peking eröffnet. Im März 2009 wurde in der Provinz Sichuan die Partnerschaft zwischen den zwei weltbekannten Bergen Emei und Rigi lanciert. Sie sehen sich auffallend ähnlich. Der chinesische Berg ist im Unesco Weltkulturerbe verzeichnet und 3099 Meter hoch. Anfang Juni war eine Delegation der Rigi Bahnen AG sowie der Arther Gemeindepräsident Peter Probst in Emei Shan City zu Gast, um die weitere Zusammenarbeit zwischen den beiden Destinationen zu vertiefen. Mit der weiteren Intensivierung der Marketingaktivitäten in China verspricht sich das Unternehmen weiter steigende Gästezahlen aus diesem wichtigen Wachstumsmarkt.

Auto AG: Problem mit Pensionskasse gelöst

Dem Jahresbericht der Auto AG Schwyz, welche die öffentlichen Busse im inneren Kantonsteil betreibt, ist zu entnehmen, dass die Probleme mit der früheren Ascoop-Pensionskasse nun gelöst sind. Diese hatten das Unternehmen existenziell bedroht. Mitte 2010 konnte der gesamte Personalbestand in die neue Pensionskasse Alvosio Lachen, überführt werden. Das war nur möglich dank ungewöhnlichen Anstrengungen, mit der Abschreibung eines bedingt rückzahlbaren Darlehens von 1,5 Mio. Franken durch den Kantonsrat und einem langfristigen, gestaffelt konzipierten Darlehensvertrag mit den Hausbanken. Die AAGS konnte so die erforderlichen 3,6 Mio. Franken aufbringen. Der Jahresgewinn des Unternehmens per 2010 beträgt 392 000 Franken. Es wurden 5,2 Mio. Passagiere befördert, satte 7,1 Prozent mehr als im Vorjahr. Zudem kündigt sich ein Wechsel an der Spitze an. Verwaltungsratspräsident Rudolf Moll tritt nach der erfolgreichen Sanierung zurück, Nationalrat Reto Wehrli wird als Nachfolger vorgeschlagen.

Arbeitslosigkeit markant gesunken

Gemäss Erhebung des Kantonalen Amtes für Arbeit (AFA) waren im Kanton Schwyz Ende Mai 1059 Arbeitslose (Vorjahr: 1635) registriert, 120 Personen oder 10,2 Prozent weniger als noch im Vormonat (1179). Die Arbeitslosenquote sank auf 1,5 Prozent. Die Zahl der bei den regionalen Arbeitsvermittlungszentren (Goldau und Lachen) eingeschriebenen Stellensuchenden beträgt 1858 Personen. Die Arbeitslosen setzten sich aus 605 Personen schweizerischer (-63) und 454 Personen ausländischer Nationalität (-57) zusammen. Somit sank die Arbeitslosenquote bei den Schweizern auf 1 Prozent und die der Ausländer auf 3,8 Prozent.

Jährlich 150 000 Franken für Weiterbildung

Bis 2008 wurde die kaufmännische Berufsausbildung durch den Verein «KV Schwyz» getragen. Seither ist der Kanton zuständig. Letztes Jahr stimmte der Kantonsrat der Übernahme der Schulgebäulichkeiten zu, wodurch dem Verein 4,5 Mio. Franken zuflossen. Er gründete 2010 die Stiftung «Bildungsfonds». Mitte Juni gab der Stiftungsrat nun bekannt, dass er damit Jugendliche und Erwachsene mit Wohnsitz im Kanton Schwyz unterstützen will, welche im kaufmännisch-betrieblichen Bereich eine Ausbildung absolvieren. Beiträge erhalten insbesondere Personen mit beschränkten finanziellen Möglichkeiten. Auf Antrag werden Beiträge zwischen 1000 und maximal 10 000 Franken ausgerichtet. Profitieren können nicht nur Einzelpersonen, sondern auch Betriebe zur Schaffung von Lehrstellen oder beispielsweise zur Organisation von Berufsmeisterschaften. Jährlich stehen zwischen 100 000 und 200 000 Franken zur Verfügung. Die Hilfe wird unbürokratisch gewährt. Weitere Informationen sowie das Antragsformular unter www.bfswyz.ch

Visitorcenter Swiss Knife Valley in Brunnen eröffnet

Am 21. Mai konnte das Visitor Center im Dorfzentrum von Brunnen eröffnet werden. In Zusammenarbeit mit der Tourismus-Organisation Swiss Knife Valley, an der zahlreiche regionale Unternehmen partizipieren, hat Victorinox damit ein neues Besucherzentrum geschaffen. Auf 365 Quadratmetern warten diverse Highlights auf die Besucher. So führt eine zehnminütige Show im Mini-Kino zu den schönsten Plätzen des inneren Kantonsteils. Multimedial vorgestellt wird die Herstellung des Victorinox-Taschenmessers. Selber ein Messer herstellen können die Gäste an einem eigens eingerichteten Montageplatz. Im Story-Corner

tauchen die Besucher in die Welt von Expeditionen und Abenteuer ein. Dabei werden wahre Geschichten und Erlebnisse in Bild und Ton dargestellt. Im Parterrebereich hat Victorinox einen eigenen Brandstore eingerichtet. Das Sortiment umfasst Taschenmesser, Haushalt- und Berufsmesser, Uhren, Reisegepäck, Bekleidung und Parfüm. Im ersten Stock werden zusätzlich regionale Köstlichkeiten angeboten und lokale Unternehmen aus Wirtschaft und Tourismus präsentieren sich.

Dacuda gewinnt den Swiss Economic Award 2011

Die von der Innovationsstiftung der Schwyzer Kantonalbank (SZKB) mitgegründete und finanzierte Dacuda AG gewinnt den Swiss Economic Award 2011 in der Sparte Hightech/Biotech. Der bedeutendste Jungunternehmerpreis der Schweiz ist mit 75 000 Franken dotiert. Das Unternehmen hat sich auf kosteneffiziente Digitalisierungstechnologie basierend auf Echtzeitbildverarbeitung spezialisiert. Dacudas eigens entwickelte und patentierte Technologie erlaubt eine schnelle Datenerfassung von Texten, Bildern und Tabellen sowie die direkte Editierbarkeit und das Teilen von Informationen. Das erste von Dacuda entwickelte Produkt ist eine Computermaus mit integriertem Scanner und wird vom Elektronikgiganten LG Electronics ab August 2011 global vermarktet. Dacuda ist als ETH Spinoff 2008 von der Innovationsstiftung der SZKB mitgegründet und finanziert worden. Der Swiss Economic Award wurde im Rahmen des 13. Swiss Economic Forum in Interlaken vor über 1250 Vertretern aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Medien verliehen.

Franz Marty tritt bei Raiffeisen zurück

Der ehemalige Schwyzer Finanzdirektor Franz Marty hat angekündigt, dass er als Verwaltungsratspräsident der Raiffeisengruppe Schweiz an der kommenden Generalversammlung vom 18. Juni in den Ruhestand treten wird. Er habe, so Marty, den richtigen Zeitpunkt abgewartet. Dieser sei jetzt mit der guten Nachfolgeregelung gekommen. Er gehört dem Verwaltungsrat seit 2002 an. In seiner Präsidentschaft hat Raiffeisen definitiv den Durchbruch geschafft. In den neun Marty-Jahren hat sich der Bestand der Genossenschaftsmitglieder auf 1,7 Millionen verdoppelt. Heute zählt Raiffeisen 3,4 Mio. Kunden. Die Genossenschaftsbank weist eine Bilanzsumme von 147 Mrd. Franken aus und liegt damit an dritter Stelle hinter der UBS und der CS. Die

Zahl der Bankfilialen hat sich in dieser Zeit nicht gross verändert. Viele kleinere, unrentable sind geschlossen worden, dafür wurden an interessanten Standorten etwa gleich viele neu hinzugenommen.

Garaventa baut für Olympiade und Fussball-WM

Die Garaventa-Dopplmayr-Gruppe hat zwei prestigeträchtige Aufträge erhalten. Für die Winterolympiade 2014 im russischen Sochi baut sie zwei Rekordseilbahnen, für die Fussball-WM in Katar 2022 eine neuen Flughafenbahn. Das Shuttle-System in Katar besteht aus zwei Zügen zu je fünf Waggons, die auf einer zweispurigen Anlage verkehren, welche auf einer Streckenlänge von 500 Metern zwischen den Gates und dem Terminalgebäude des Flughafens von Doha eingesetzt werden. Pro Stunde können bis zu 6000 Personen befördert werden. Im Skigebiet Sochi wird eine neue 3-Seil-Bahn ins Gebiet Roza, wo die alpinen Wettbewerbe ausgetragen werden, gebaut. Mit einer Förderleistung von 4500 Personen pro Stunde wird es die leistungsstärkste Luftseilbahn der Welt sein. Die zweite 3-S-Bahn wird von Roza ins gegenüberliegende Gelände führen, wo die nordischen Wettbewerbe ausgetragen werden. Diese Bahn ist mit 5383 Metern die längste Dreiseil-Luftseilbahn der Welt.

Schritt für Schritt am Urmiberg

Im Baudepartement des Kantons Schwyz ist ein Paradigmenwechsel feststellbar. Während bis vor einem Jahr vor allem grosse Visionen ausgearbeitet wurden, setzt der neue Departementsvorsteher Othmar Reichmuth auf die «Politik der machbaren Schritte». So mündet die lange Planungsphase für die Zonung und Erschliessung der Urmibergachse in Vorschläge zur konkreten Umsetzung. Das Gebiet umfasst eine Baulandreserve von 25 Hektaren zwischen den Bahnhöfen Seewen und Brunnen. Gemäss dem nun vorliegenden Bericht der Vertiefungsphase schlägt die Regierung vor, dass die bauliche Entwicklung wird auf die Gebiete Seewen und Brunnen Nord konzentriert wird. In einer ersten Phase sollen zwei neue Strassen zur Erschliessung gebaut werden: eine Spange ab der Mythenblick-Kreuzung in Seewen und eine vom Bahnhof Brunnen bis zum ehemaligen Holcim-Areal. Prioritär wird der Hochwasserschutz behandelt. Der Zusammenfluss von Seewen und Muota wird hydraulisch entkoppelt. Zudem soll ein neuer Autobahnanschluss zwischen Seewen und Brunnen («Anschluss Mitte») in den kantonalen Richtplan aufgenommen werden. Bis

Ende Jahr wird die Nutzungsplanung vorliegen, so das Ziel der Regierung.

Schwyzler Industriekultur in Buchform

Acht Jahre lang hat Yvonne Scheiwiler der Schwyzler Industriegeschichte nachgespürt. Nun hat sie ihre Nachforschungen in einem Buch festgehalten. Die Autorin verknüpfte die Anfänge des Industriezeitalters mit Betrieben und deren Persönlichkeiten, mit Verkehrs- und Wasserwegen; auch Pilgerströme, Mühlen und Wasserräder waren Teil der Entwicklungsschritte in das Industriezeitalter. Obwohl Schwyz kein Industriekanton war und ist, sind eindrückliche Zeugnisse, Bauten und Merkmale aus den Anfängen bis zu Blütezeiten erhalten. Das Buch «Schwyzler Industriekultur» ist im Buchhandel oder bei der Druckerei Triner AG in Schwyz erhältlich.

Gastrobranche im Aufwind

Die Schwyzler Gastronomiebetriebe verspüren Aufwind. «Eine Morgenröte zeichnet sich ab», schreibt Willy Benz, Präsident des Branchenverbandes Gastro Schwyz, im Jahresbericht 2010. Im vierten Quartal konnte gegenüber der gleichen Vorjahrperiode eine deutliche Erhöhung der Einnahmen festgestellt werden. Dennoch wird es der Branche gemäss Benz nicht leicht gemacht. So würden viele Betriebe weiterhin unter dem Rauchverbot leiden. Auch ist man mit der Totalrevision des Alkoholgesetzes nicht einverstanden. Die Wirte würden dadurch weiter eingeschränkt. Benz kritisiert die «Regulierungswut».

Casino Pfäffikon verhängte 1700 Spielsperren

Die Anzahl derjenigen, denen kein Zutritt in Schweizer Casinos mehr gewährt wird, hat sich in den letzten fünf Jahren auf über 25 000 Spieler verdoppelt, verglichen mit den Zahlen im Jahr 2001 mehr als verfünffacht. Auch im Swiss Casino Pfäffikon-Zürichsee wird bei Anzeichen einer Spielsucht gehandelt. «Wir haben seit Casino-Eröffnung im Jahr 2002 rund 1700 Spielsperren ausgesprochen. Damit liegen wir im Branchenvergleich im oberen Drittel», erklärt Casino-Direktor Daniel Vogt.

Die Wirtschaftsmeldungen wurden aus Beiträgen im Bote der Urschweiz, dem Einsiedler Anzeiger, dem Höfner Volksblatt, dem March Anzeiger und der Schweizerischen Depeschagentur (sda) zusammengestellt.

Schweizer KMU: Technischer Fortschritt im Fokus

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in der Schweiz bewerten bei den Megatrends – die wichtigsten Veränderungen der kommenden Jahre – den technischen Fortschritt am optimistischsten. Zudem erzielt jedes dritte von 1800 befragten Unternehmen mehr als einen Drittel des Umsatzes mit neuen Produkten.

Die Credit Suisse befragte rund 1800 KMU zu den sechs Megatrends Demografie, Globalisierung, Wertewandel, Ressourcenknappheit, Wissensgesellschaft und technologischer Fortschritt. Am optimistischsten bewerten KMU den technischen Fortschritt, das Schwerpunktthema der Studie. 94% erachten Innovation als essentiell für den Fortbestand ihres Unternehmens.

Bedürfnisse der Kunden früh erkennen

Die KMU seien sich bewusst, dass sie nur nachhaltig wachsen können, wenn sie der zunehmenden Konkurrenz aus aller Welt stets einen Schritt voraus sind, teilte die Bank mit. Allein mit dem Preis zu überzeugen, sei für die meisten Schweizer Unternehmen aufgrund teurer Produktionsfaktoren schwierig. Für die KMU sei es wichtig, aufkommende Kundenbedürfnisse frühzeitig zu erkennen und überzeugende Lösungen effizient in marktfähige Produkte und Dienstleistungen umzusetzen. Ständig nach Verbesserungen zu suchen sei ein essentieller Bestandteil des Schweizer Unternehmertums.

Innovation und qualitativ hochstehende Produkte sollen den Geschäftserfolg von morgen sichern. Jedes dritte der befragten Unternehmen erzielt mehr als einen Drittel des Umsatzes mit neuen Produkten. Innovationen sind jedoch nicht nur neue Produkte und Dienstleistungen, auch Prozess-, Marketing- und organisatorische Innovationen werden von durchschnittlich jedem vierten KMU als wichtig empfunden. Eine rasche Reaktion, Lieferbarkeit und Flexibilität können entscheidende Verkaufsargumente sein.

Gewinne gehen häufig gezielt in Innovationsprojekte

Wichtigste Ideenlieferanten der KMU sind die Mitarbeitenden mit 56% und das Management mit 53%. Letzteres ist im Zuge strategischer Überlegungen dazu angehalten, die Ausrichtung und die interne Organisation des Unternehmens in regelmässigen Abständen systematisch zu überdenken. Drei Viertel der befragten Unternehmen fördern die Innovationsfähigkeit ihrer Angestellten, zum Beispiel durch ein innovationsförderndes Arbeitsumfeld oder Entwicklungsmöglichkeiten im Unternehmen.

Gemäss der Umfrage der Ökonomen bilden einbehaltene Gewinne die mit Abstand häufigste Finanzierungsquelle für Innovationsprojekte. 48% der Schweizer KMU investieren jährlich zwischen 1% und 5% des Umsatzes in Innovationsprojekte, jedes fünfte KMU mehr als 10%. Gewinne werden somit häufig gezielt zu Innovationszwecken einbehalten. Gerade

bei Umsatzeinbrüchen kann dieses Kapital aber rasch fehlen. Der Zugang zu Risikokapital ist in der Schweiz schwieriger als in vielen anderen Ländern.

Mehr Chancen als Risiken

51% der befragten Unternehmen bewerten die Auswirkungen der Megatrends insgesamt als chancenreich (Vorjahr 49%). Nur für 26% überwiegen die Risiken. Diese optimistischere Zukunftseinschätzung ist bei nahezu allen Megatrends zu beobachten. Einzig der Megatrend Ressourcenknappheit wird überwiegend negativ eingeschätzt. Während fast 48% der KMU diesen Megatrend als Risiko beurteilen, sehen nur 32% darin eine Chance.

(Schweizerischer Arbeitgeberverband)

Wachstumsdynamik schwächt sich ab

Die Schweizer Wirtschaft behauptet sich in einem schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld. Obwohl der Euro in den letzten zwölf Monaten um weitere 14 Prozent gefallen ist und sich auch die Dollarschwäche akzentuiert hat, stiegen die Warenexporte in den ersten vier Monaten dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahr nominell um 4,6 Prozent und real um 11,4 Prozent. Die grösste Exportbranche, die chemisch-pharmazeutische Industrie, musste im gleichen Zeitraum allerdings einen Rückschlag von 3,8 Prozent hinnehmen. Die Zahlen erstrahlen und vermitteln den falschen Eindruck, dass die Frankenstärke kein ernsthaftes Problem für die Exportindustrie darstellen würde. Tatsächlich sind die exportierenden Unternehmen in höchstem Masse gefordert: Sie nehmen Margenkürzungen in Kauf, beziehen vermehrt Vorleistungen aus dem Ausland oder senken ihre Kosten durch Rationalisierungen. Aufgrund der Spezialisierung der Industrie sind teilweise auch Preiserhöhungen durchsetzbar. Diese Strategie ist aber langfristig mit Risiken verbunden, da es bei höheren Preisen für Konkurrenten attraktiver wird, selbst Nischenmärkte anzugreifen.

Die Exportzahlen sind darüber hinaus aber vor allem wegen der starken Nachfrage in den neuen Märkten und in den dynamischen Volkswirtschaften der Industrieländer – allen voran Deutschland – positiv. Während die Warenexporte in die Europäische Union in den ersten vier Monaten dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahr um lediglich 1,5 Prozent gewachsen sind, haben

sich die Exporte nach Asien – trotz des Einbruchs in Japan – insgesamt um 13,7 Prozent erhöht. Hier zeigt sich eine wesentliche Stärke der Schweizer Wirtschaft: Sie ist dank ihrer Globalisierungsstrategie in der Lage, das Wachstum dort mitzunehmen, wo es anfällt. Die weltwirtschaftliche Gewichtsverschiebung Richtung Asien beeinflusst dementsprechend die Struktur der Schweizer Exporte: Noch vor der Krise im Jahr 2008 betrug der Exportanteil in die EU (Januar bis April) 63,5 Prozent. Während dieser Anteil sich aktuell noch auf 58,3 Prozent beläuft, machen die Warenexporte der Schweizer Wirtschaft nach Asien bereits 21,1 Prozent aus.

Die Binnenkonjunktur wächst robust. Der private Konsum und der private Bau weiten sich kontinuierlich aus und profitieren von günstigen Zinsen, sinkenden Arbeitslosenzahlen und der Nettoimmigration in die Schweiz. In einigen Regionen der Schweiz besteht eine Überhitzungstendenz der Immobilienmärkte – ein klares Anzeichen dafür, dass das Angebot nicht mit der erhöhten Nachfrage Schritt halten kann. Trotz guter Binnenkonjunktur ist die Inflationsrate aber insgesamt nach wie vor tief. Tiefere Importpreise dämpfen den Preisauftrieb merklich und erhöhen die Kaufkraft der Schweizer Bevölkerung im internationalen Vergleich. Hingegen bekommen Export- und Tourismuswirtschaft die Kehrseite des harten Frankens zu spüren.

Es sieht nach Ausklingen des Aufholprozesses nach der Krise aus. Nachdem das Jahr 2010 konjunkturell ausserordentlich positiv verlaufen ist, zeigen sich erste Bremswirkungen aufgrund des schwierigen weltwirtschaftlichen Umfelds: Die Exportdynamik lässt im Laufe des Jahres spürbar nach. 2012 ist schliesslich mit einem moderaten realen Exportwachstum von insgesamt knapp drei Prozent zu rechnen. Immerhin: Zieht man die schwierige Finanzsituation der USA und verschiedener Staaten in Europa sowie den starken Schweizer Franken in Betracht, ist dies eine gute Nachricht. Die Nachfrage aus den neuen Wachstumsmärkten in Asien und Lateinamerika und aus den dynamischen Volkswirtschaften wie Deutschland hält an. Die Uhren-, die Maschinen-, die chemisch-pharmazeutische und die medizinal-technische Industrie profitieren von diesen Wachstumsmärkten und lassen die Währungssituation etwas in den Hintergrund treten. Deutlich schwieriger zeigt sich die Situation für Unternehmen, die nicht in Nischen mit hoher Spezialisierung und Wertschöpfung tätig sind. Für Unternehmen der Metall- oder der Papierindustrie spielt der Preis aufgrund des tieferen Differenzierungsgrads tendenziell eine dominantere Rolle, sodass sich der Wechselkurs schneller und heftiger auf das Geschäftsergebnis auswirkt. Besonders stark ist die Bremswirkung im Tourismus: Ein positives Wachstum ab 2012 ist nur mit einer deutlichen Wechselkurs-erholung möglich.

Der starke Franken zwingt die Exportunternehmen zu Produktivitätssteigerungen und einer Reduktion der Vorleistungskosten. Beides wirkt dämpfend auf die Konjunktur in der Schweiz. Erstens steigt die Beschäftigung trotz gutem Auftragsbestand in den Exportindustrien weniger stark an und Ende Jahr werden die Lohnsteigerungen kleiner ausfallen. Auf Stufe Einzelunternehmen werden auch Stellen wegfallen. Zweitens überprüfen viele Unternehmen, ob Schweizer Zulieferer mit dem aktuellen Wechselkurs noch konkurrenzfähig sind. So werden entweder Preiskonzessionen eingefordert, oder es wird auf ausländische Zulieferer ausgewichen. Der starke Franken beeinflusst somit über die Vorleistungskanäle auch die Binnenwirtschaft.

Der Binnenmarkt entwickelt sich weiterhin stabil, wenn auch hier eine (leichte) Wachstumsverlangsamung zu erwarten ist. Bei mässigen Lohn erhöhungen reduzieren steigende Abgaben (Krankenkassenprämien, Erhöhung Arbeitslosenversicherungsbeiträge, Mehrwertsteuererhöhung) das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte, sodass diese ihren Konsum in diesem Jahr nur mässig erhöhen. Auch für 2012 wird das verfügbare Einkommen nicht stark ansteigen. Es wird daher geschätzt, dass sich der Konsum im nächsten Jahr real um gut ein Prozent ausweitet. Die Bauwirtschaft profitiert weiterhin von der anhaltenden Immigration und den tiefen Zinsen. Die Binnenkonjunktur wird aber auch durch ein anhaltendes Wachstum des Gesundheitswesens

unterstützt. Stellenvermittler, Werbeunternehmen und der Handel wachsen überdurchschnittlich. Die Finanzindustrie wächst mehr oder weniger parallel zum realen BIP: Die Finanzdienstleister profitieren zwar vom anhaltenden Neugeldzufluss aus dem Ausland, der starke Franken und die tiefen Zinsen schlagen ertragsseitig aber negativ zu Buche. In der Hotellerie und für die Versicherungen ist mit einer stagnierenden Entwicklung zu rechnen.

Insgesamt erwartet die Wirtschaft für 2012 ein Wachstum des realen BIP von 1,7 Prozent. Damit verbunden ist eine nur noch leichte Senkung der Arbeitslosenquote auf rund 3,0 Prozent.

Inflation ist nach wie vor kein ernsthaftes Thema im Prognosehorizont. Hier wirkt sich der starke Franken positiv aus, indem er den Preisaufrtrieb in der Schweiz reduziert. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich der Landesindex der Konsumentenpreise im Durchschnitt von 2012 um rund 1,2 Prozent erhöht.

Aufgrund der höheren Inflationsaussichten für 2013 wird sich die Schweizerische Nationalbank (SNB) gezwungen sehen, das Zielband für den Libor nach oben anzupassen. Wegen der Dollar- und Euroschwäche wird die SNB aber die Zinsen nur langsam erhöhen können. Im Jahresdurchschnitt 2012 ist daher nach wie vor mit im langjährigen Vergleich tiefen kurzfristigen Zinsen von 1,1 Prozent zu rechnen.

Es versteht sich von selbst, dass die Konjunkturprognose der Wirtschaft aufgrund der ungewissen weltwirtschaftlichen Entwicklung mit erheblichen Unsicherheiten behaftet ist. Die wichtigsten Abwärtsrisiken, die eine Verschlechterung der konjunkturellen Lage zur Folge hätten, sind: Wachstumseinbruch in den Schwellenländern, Akzentuierung der Euro-Krise, kurzfristige Versorgungsengpässe bei den Rohstoffen. Allerdings gibt es auch Aufwärtsrisiken: stärkeres Wachstum der USA, Überhitzung des Immobilienmarktes in der Schweiz und eine Abschwächung des Frankens.

Noch ein Wort zu den langfristigen Auswirkungen der Frankenstärke: Je stärker sich die Erkenntnis der Unternehmer durchsetzt, dass die Frankenstärke ein permanentes Phänomen ist, desto mehr wird der starke Franken künftige Investitionsentscheide beeinflussen. Der Standort Schweiz – obwohl mit zahlreichen positiven Attributen ausgestattet – verliert relativ an Attraktivität für Neuinvestitionen. Der Wechselkurs wird daher für etliche Investitionsentscheide das Zünglein an der Waage spielen – zugunsten einer Auslandsinvestition. Der starke Franken hat daher langfristige Folgen. Die Tendenz der Deindustrialisierung der Schweiz, die durch den schwachen Franken in den Jahren 2005 bis 2008 nur kurzzeitig aufgehoben wurde, wird sich wieder verstärken.

(economiesuisse)

Die Scheinselbständigkeit – ein facettenreiches Politikum

Gerade in einem Zeitpunkt, in dem einige Errungenschaften des Personenfreizügigkeitsabkommens (FZA) mit der EU in Frage stehen, hat das SECO seinen Bericht über die Umsetzung der flankierenden Massnahmen (FlaM) für das Jahr 2010 veröffentlicht. Einigkeit herrscht bei den meisten Experten darüber, dass sich die FlaM zur Bekämpfung des Lohndumpings bisher bewährt haben, obschon im Jahr 2010 ein Anstieg der Unterbietungsquote zu verzeichnen war. Jedoch erweist sich in diesem Rahmen das Bundesgesetz über die in die Schweiz entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (EntsG) als ungenügend, um Scheinselbständigkeit aus der EU – vor allem aus den sog. neuen Ländern – zu unterbinden, weil es keine Sanktionen dafür vorsieht.

Vor allem in den Grenzkantonen hat die Anzahl der Arbeitnehmenden, welche erklären, eine unabhängige Tätigkeit auszuüben, obschon sie entlohnt werden, stetig zugenommen. Gemäss SECO gaben im Jahr 2010 knapp 23 Prozent der Kontrollen Anlass zum Verdacht auf fiktive Selbständigkeit. Im Jahr 2005 betrug die Zahl noch elf Prozent. Die Entwicklung betrifft in erster Linie das Baunebengewerbe (v.a. Maler, Gipser, Schreiner und Elektriker). Dort bieten Unternehmen ihre Leistungen als Subunternehmer zu sehr tiefen Preisen an. Der Erstunternehmer trägt dadurch nicht das Unternehmerrisiko, eigene Arbeitnehmende nach Abschluss des Auftrags nicht mehr mit Arbeit

ausfüllen zu können. Über die Parteilinien hinweg fordern Politiker deshalb Massnahmen gegen Scheinselbständige.

Weil der Vollzug in den Kantonen bisher uneinheitlich ist, hat der Bund gehandelt. Seit Januar 2011 gilt eine neue Direktive des Bundes über das Vorgehen zur Feststellung des Selbständigkeits-Status. Gestützt auf diese Direktive erhofft sich der Bund, die Effektivität der Kontrollorgane zur Entlarvung von Scheinselbständigen zu verbessern und einen einheitlicheren Vollzug zu erreichen.

Nach dem Einreichen der parlamentarischen Initiative Gysin im April dieses Jahres ist zudem eine Arbeitsgruppe des Bundes, bestehend aus Vertretern der Sozialpartner und der Behörden, mit der Ausarbeitung von Lösungsvorschlägen beauftragt worden. Eine Stossrichtung geht dahin, in der Verordnung zum EntsG zu verankern, dass meldepflichtige Selbständige zum Nachweis ihrer Selbständigkeit bestimmte Dokumente wie Gewerbeschein, Kaufbelege, Steuer- und Vertragsdokumente mitführen sollen. Allerdings kritisieren Skeptiker, dass es sich dabei in den meisten Fällen lediglich um Belege für die Selbständigkeit im Herkunftsland, nicht aber in der Schweiz, handle. Zudem könnten allzu leicht Scheinverträge verfasst werden. Eine weitere Möglichkeit wird in einer Kautionspflicht für Selbständige gesehen, welche scheinselbständige Arbeitnehmende kaum aufbringen könnten.

Auch wenn die ermittelten Verstösse im Umfang von knapp 23 Prozent als zahlreich erscheinen, darf nicht übersehen werden, dass die meldepflichtigen selbständigen Dienstleistungserbringer aus den EU-Ländern (bis 90 Tage pro Jahr) weniger als ein Promille des schweizerischen Arbeitsvolumens ausmachen.

Dennoch leitet die dokumentierte Entwicklung Wasser auf die Mühlen der Gegner der Personenfreizügigkeit, insbesondere weil seit dem 1. Mai 2011 die Kontingentierung für Arbeitnehmende aus acht neuen EU-Staaten weggefallen ist. Die selbständige Berufsausübung von Staatsangehörigen aus diesen Ländern ohne sog. Einrichtungszeit ist allerdings schon seit dem 1. Juni 2007 möglich, ohne dass bisher eine Flut von echten oder unechten Selbständigen in die Schweiz festzustellen gewesen wäre. Das wird in Publikationen oft ignoriert. Umso mehr gilt es, in den politischen Diskussionen im Wahljahr 2011 Augenmass zu wahren.
(Centre Patronal)

Geburtstag für die Frauen – 14. Juni

40 Jahre Frauenstimmrecht, 30 Jahre Gleichstellungsartikel in der Verfassung, 20 Jahre Frauenstreik und 15 Jahre Gleichstellungsgesetz. Ist das ein Grund zum Feiern?

Die Gesellschaft hat sich verändert. Die Anpassung von Gesetzen, die ein Abbild der Werte der jeweiligen Gesellschaft sind, hinkt jedoch immer den veränderten Verhältnissen hinten nach. Dass bereits vor 30 Jahren die gesellschaftlichen Verhältnisse so waren, dass ein Gleichstellungsartikel in der Verfassung verankert werden konnte, ist tatsächlich Anlass zum Feiern.

Die öffentliche Diskussion fokussiert heute auf das Gleichstellungsgesetz, das die Konkretisierung der Gleichstellungsgrundsätze vornimmt. Und da dominiert die Kritik, das Gesetz sei nicht zu 100% umgesetzt; die Lohngleichheit sei nach wie vor nicht realisiert. Leider wird so der Geburtstag des Frauenstimmrechts zum kleinen Aktionstag für Lohngleichheit degradiert.

Die Kritiker übersehen, dass die Gleichstellung der Frauen im Beruf und insbesondere bei der Entlohnung nicht losgelöst von der Verbesserung der Frauen-Position in anderen Bereichen realisiert werden kann. Damit sollen keineswegs rein geschlechterbedingte Lohnunterschiede gerechtfertigt werden. Aber auch die Verfassung setzt breiter an: «Mann und Frau sind gleichberechtigt. Das Gesetz sorgt für ihre Gleichstellung, vor allem in Familie, Ausbildung und Arbeit. Mann und Frau haben Anspruch auf glei-

chen Lohn für gleichwertige Arbeit.»

«Im Hause muss beginnen, was leuchten soll im Vaterland.» Gottlieb hat nichts an Aktualität verloren. Es wird sich zeigen, ob die emanzipierten Mütter ihren Kindern neue Sichten auf die Gleichberechtigung innerhalb der Familien vermittelt haben. Zuversichtlich stimmt die wachsende Anzahl von gut qualifizierten und karrierewilligen Männern, die ihre Familienverpflichtungen bewusst eingehen und vom Arbeitgeber eine entsprechende Flexibilität einfordern.

In der Bildung sind wir wohl am weitesten fortgeschritten und haben in vielen Bereichen die Gleichstellung erreicht. So ist es heute für Mädchen wie Knaben selbstverständlich, eine Berufsausbildung zu absolvieren, und an den Universitäten studieren heute mehr Frauen als Männer. Leider geht dieser Schwung im anschliessenden Berufsleben dann oft verloren und begnügen sich Frauen häufig mit einer interessanten Arbeit, ohne grosse Karrierepläne zu verfolgen. Das ist ein wesentlicher Grund für die Untervertretung der Frauen in besonders qualifizierten und Kaderpositionen.

Die reinen Frauen- und Männerberufe verschwinden zunehmend, doch bleibt die Berufswahl bedauerlicherweise immer noch häufig unterschiedlich für Jungen und Mädchen. Arbeitgeber suchen dagegen in aller Regel eine Person mit bestimmten Fähigkeiten und Erfahrungen; ob es sich dabei um eine Frau oder einen Mann handelt, spielt für sie keine Rolle.

Aktuell werden zwei Themen heftig diskutiert. Die Statistiken zeigen, dass der Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit nicht erfüllt ist. Dabei wird leider oft übersehen, wie sich die statistisch ausgewiesene Lohndifferenz zusammensetzt. Weit über die Hälfte der Lohnunterschiede lassen sich erklären durch unterschiedliche Ausbildung, unterschiedliche Erfahrung, Aufgaben und hierarchische Stellung. Und auch die verbleibende «Diskriminierungsquote» ist mit Vorsicht zu interpretieren, weil die zugrunde liegenden Lohnstatistiken das Lohngefüge nicht sehr differenziert abbilden.

Heute sind bewusste, direkte Lohndiskriminierungen – also Fälle, in denen Frau und Mann bei gleicher Qualifikation, Tätigkeit und beruflicher Stellung unterschiedliche Löhne erhalten – praktisch auszuschliessen. Es ist Aufgabe der Arbeitgeber, dafür zu sorgen, dass keine diskriminierenden Lohnunterschiede in ihren Betrieben bestehen. Dazu gehört auch, dass sie die Beförderungspraxis wirklich geschlechtsneutral gestalten und unterschiedliche Arbeits- und Leistungsbewertungen für Frauen und Männern ausschliessen. Weil Neueinstellungen und Beförderungen immer wieder zu Verschiebungen im Lohngefüge führen können, ist die Lohngleichheit in einem Betrieb nie ein für allemal erreicht. Deshalb ist ihre Einhaltung regelmässig zu überprüfen.

Das zweite brennende Thema ist die Untervertretung der Frauen im obersten Kader. Es braucht keine Quoten, um dies zu verändern.

Die Steigerung des Frauenanteils muss Chefsache sein. Es ist belegt, dass gemischt zusammengesetzte Teams langfristig erfolgreicher sind. Weshalb soll sich die Wirtschaft diese Chance entgehen lassen? Es braucht eine bewusste Förderung von Frauen. Wenn dies nicht von der obersten Führung unterstützt wird, verändert sich jedoch nichts.

Damit die Gleichstellung der Frauen in den nächsten zehn Jahren einen neuen Schub erhält, müssen sich die gesellschaftlichen Rollenbilder von Mann und Frau stark verändern. Weil die Gesellschaft aber zu etwas mehr als 50% aus Frauen besteht, ist ein solcher Wandel nur möglich, sofern ihn die Frauen wirklich wollen. Gefragt sind seitens der Frauen vor allem mehr Selbstbewusstsein bezüglich der

eigenen Fähigkeiten und der Mut, die sich bietenden Gelegenheiten zu ergreifen. Wünschenswert ist, dass wir auch in den kommenden Jahren Frauen und Männer haben, die sich für eine gelebte Gleichberechtigung in der Familie, in der Ausbildung und in der Arbeitswelt einsetzen.

(Schweizerischer Arbeitgeberverband)

Leichter Anstieg der Anzahl baubewilligter Wohnungen

Neu erstellte Wohnungen: Im 1. Quartal 2011 wurden in der Schweiz rund 8800 Wohnungen neu erstellt, was im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal einem Anstieg von 4,5 Prozent oder 380 Wohnungen gleichkommt. Die Betrachtung nach Gemeindegrößen zeigt, dass die Zahl der neu erstellten Wohnungen in den Gemeinden mit bis zu 2000 Einwohnern und jenen mit mehr als 10000 Einwohnern abnahm, in den dazwischen liegenden Gemeindegrößenklassen hingegen zunahm. In den Agglomerationen der fünf grössten Städte nahm die Zahl der neu erstellten Wohnungen im Jahresvergleich zu. Zwischen Januar und März 2011 entstanden rund 3010 neue Wohnungen, das sind 13 Prozent mehr als im Vorjahresquartal. In den Agglomerationen Bern, Zürich Basel und Genf wurden mehr, in der Agglomeration Lausanne weniger Neuwohnungen erstellt.

Im Bau befindliche Wohnungen: Ende März 2011 befanden sich schweizweit 68310 Wohnungen im Bau. Im Jahresvergleich erhöhte sich die Zahl der im Bau befind-

lichen Wohnungen um knapp 6 Prozent oder 3710 Einheiten. Eine Zunahme konnte in allen Gemeindegrößenklassen mit mehr als 2000 Einwohnern festgestellt werden. Die Agglomerationen der fünf grössten Städte wiesen insgesamt 24900 im Bau befindliche Wohnungen aus, gleichbedeutend einem Anstieg von knapp 3 Prozent im Jahresvergleich. Dabei standen in den Agglomerationen Lausanne, Zürich und Bern mehr, in den Agglomerationen Basel und Genf weniger Wohnungen im Bau als ein Jahr zuvor.

Baubewilligte Wohnungen: Im 1. Quartal 2011 wurden für 13720 Wohnungen Baubewilligungen erteilt. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal erhöhte sich die Zahl der baubewilligten Wohnungen um 2 Prozent oder 270 Einheiten. Die Betrachtung nach Gemeindegrößen zeigt, dass sich die Zahl der baubewilligten Wohnungen in den Gemeinden mit bis zu 2000 Einwohnern und in jenen mit 5001 bis 10000 Einwohnern erhöhte, in den anderen Gemeindegrößenklassen hingegen abnahm.

In den Agglomerationen der fünf grössten Städte war gesamthaft ein Rückgang der baubewilligten Wohnungen um 18,5 Prozent auf 3100 Einheiten zu beobachten. Einzig die Agglomeration Zürich konnte einen Anstieg der Baubewilligungen melden, während die anderen Agglomerationen Rückgänge verzeichneten.

Die vierteljährliche Wohnbaustatistik basiert auf einer Vollerhebung aller 327 Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern und der Agglomerationsgemeinden der Städte Basel, Bern, Genf, Lausanne und Zürich, sowie auf einer Zufallsstichprobe der übrigen Gemeinden. Die Einteilung der Gemeindegrößenklassen und die Agglomerationen sind dem Stand der Volkszählung von 2000 sowie dem Bevölkerungsstand von 2009 angepasst.

Die Angaben des Berichtsquartals in der vorliegenden Mitteilung sind provisorisch und können im Laufe des Jahres noch berichtigt werden.

(BFS)

Grosshandelspreise (Basis Dezember 2010 = 100)

Gesamtangebot

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2009	101,4	100,8	100,3	100,1	99,9	99,8	99,8	99,9	100,1	99,6	99,6	99,7
2010	100,1	99,8	100,3	100,9	101,2	100,8	100,3	100,4	100,4	99,9	99,7	100,0
2011	100,1	100,3	100,7	101,0	100,8							
¹	-0,1%	+0,5%	+0,4%	+0,1%	-0,4							

Produzentenpreise

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2009	101,7	101,0	100,6	100,6	100,3	100,3	100,1	100,1	100,2	99,8	99,7	99,9
2010	100,2	100,0	100,3	100,8	101,0	100,5	100,1	100,3	100,3	100,1	99,7	100,0
2011	100,1	100,0	100,2	100,3	99,9							

Importpreise

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2009	100,9	100,5	99,7	99,2	98,9	99,0	99,2	99,5	99,8	99,4	99,5	99,5
2010	99,8	99,6	100,3	101,0	101,7	101,2	100,6	100,7	100,4	99,5	99,7	100,0
2011	100,0	100,9	101,9	102,5	102,8							

Konsumentenpreise (Basis Dezember 2010 = 100)

Totalindex

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2009	98,4	98,6	98,3	99,1	99,3	99,5	98,8	98,9	98,9	99,5	99,7	99,5
2010	99,4	99,5	99,7	100,5	100,4	100,0	99,2	99,2	99,2	99,7	100,0	100,0
2011	99,6	100,0	100,7	100,8	100,8							
¹	+0,3	+0,5	+1,0	+0,3	+0,4							

2008 ²	2009 ²	2010 ²	2010		2011				
			Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai

Monatsindex (Dezember 2010 = 100)

		99,5	99,0	99,7	100,0	100,0	99,6	100	100,7	100,8	100,8
Nach Gruppen von Gütern und Dienstleistungen	Totalindex	103	102,8	101,6	100,6	100,0	99,0	99,1	99,5	98,6	99,4
	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	95,6	98,2	99,4	100,0	100,0	100,8	100,5	101,6	101,5	101,5
	Alkoholische Getränke und Tabak	90	92,1	93,2	100,8	100,0	89,9	91,2	98,9	100,7	101,3
	Bekleidung und Schuhe	98	96,9	99,3	100,0	100,0	100,5	101,6	102,1	102,2	101,7
	Wohnen und Energie	99,7	100,5	100,1	100,1	100,0	98,6	99,7	99,4	99,8	99,5
	Hausrat und laufende Haushaltsführung	100,3	100,7	100,4	100,1	100,0	100,2	100,1	100,1	100,4	100,4
	Gesundheitspflege	100,4	97,1	99,4	99,0	100,0	100,6	100,9	101,8	102,4	102,8
	Verkehr	106,7	101,5	100,0	100,0	100,0	100,1	100,1	100	99,6	99,5
	Nachrichtenübermittlung	103,3	102,7	100,5	99,7	100,0	98,2	97,9	98,3	98,3	98,2
	Freizeit und Kultur	96,3	97,8	98,9	99,5	100,0	100	100	100	100	100
	Erziehung und Unterricht	97,6	99,2	100,1	99,8	100,0	101,7	101,6	101,8	101,7	101,6
	Restaurants und Hotels	98,4	98,9	100,2	100,1	100,0	100,4	100,6	100,4	100,4	100,4
Sonstige Waren und Dienstleistungen	98,0	99,2	99,8	99,9	100,0	100,2	100,5	100,6	100,6	100,6	
Nach Herkunft und Art	Inlandgüter	103,4	98,6	99,4	100,1	100,0	98,1	98,8	100,8	101,3	101,3
	Auslandgüter	101,9	99,1	99,8	100,1	100,0	98,9	99,4	100,8	100,9	100,9
	Waren	97,8	99,0	99,7	99,9	100,0	100,2	100,5	100,6	100,7	100,7
	Dienstleistungen										

¹ Veränderungen in Prozenten zum Vorjahresmonat

² Jahresmittel

Die neuesten Zahlen der Grosshandels- und Konsumentenpreise erhalten Sie jederzeit unter <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/05.html>

Steuerpolitik allein genügt nicht mehr

Für einmal ist der Schwyzer Regierung eine saftige Überraschung gelungen. Sie beantragt dem Kantonsrat, sich auf zwei unabhängige Spitäler in Schwyz und in der Ausserschwyz zu konzentrieren. Der Standort Einsiedeln müsste über die Klinge springen. Grundlage des Entscheids ist ein profunder Expertenbericht, welcher Vorschläge aus betriebswirtschaftlicher Sicht macht. Wie kaum anders zu erwarten, schneidet dabei ein einziges Spital am besten ab. Aus «politischen» Gründen favorisiert die Regierung zwei unabhängige Spitäler. Soweit so schlecht.

Natürlich verursachen Spitäler Kosten, die den Finanzhaushalt des Kantons belasten. Dass sie nicht aus dem Ruder laufen dürfen, ist selbstverständlich. Doch Spitäler schaffen an ihrem Standort Wertschöpfung und Arbeitsplätze. In der Region Einsiedeln sind die entsprechenden Zahlen besonders eindrücklich. Im Gesundheits- und Sozialwesen teilen über 1000 Personen die rund 680 Vollzeitstellen. Das sind 11 Prozent aller Beschäftigten, im Bezirk sogar 15 Prozent. Vom Regionalspital sind rund 260 Arbeitsstellen abhängig. Auch mit Unterstützung des Kantons entstand in den letzten Jahren ein eigentliches Netzwerk Gesundheit. Gesundheit ist die einzige, bedeutende Wachstumsbranche.

Im Spitalbericht der Regierung an den Kantonsrat fehlen solche regional- oder volkswirtschaftlichen Überlegungen weitgehend. Sie dienen auf jeden Fall nicht als Entscheidungskriterium. So denkt ein grosser Teil der Politiker/innen auf allen Stufen: Wirtschaftspolitik heisst möglichst tiefe Steuern. Damit brummt die Wirtschaft und die öffentlichen Haushalte bleiben im Lot, mindestens bei den Gemeinden.

Natürlich war der Eintritt des Kantons Schwyz in den Steuerwettbewerb vor einem Vierteljahrhundert ein politisches Glanzstück. Es hat den Kanton Schwyz vom Schwanz aller Kantone an die Spitze in Sachen Standortattraktivität und Finanzkraft geführt. Daran soll auch nicht gerüttelt werden. Aber es mehren sich die Anzeichen, dass Steuerpolitik allein nicht mehr genügt. Zwar entstand in der Höfe dank der Steuerattraktivität und der ausgezeichneten Verkehrslage ein äusserst kompetenter Finanzcluster. Weil aber die anderen Regionen des Kantons bei beiden Kriterien nicht mithalten konnten, bildeten sich dort keine ähnlich dynamischen und starke Netzwerke oder Wachstumspole. Damit ist der Finanzplatz Höfe trotz aller Vorteile auch ein Klumpenrisiko.

«Gut funktionierende Wirtschaftstandorte bestehen aus komplexen, unsichtbaren ökonomischen Netzwerken, in denen Leistungen zwischen Unternehmen, Arbeits- und Zuliefermärkten sowie Bildungs- und Forschungsinstitutionen ausgetauscht werden» schreibt Eric Scheidegger vom Staatssekretariat für Wirtschaft vor einigen Tagen. Es ist Aufgabe der Politik die entsprechenden Rahmenbedingungen zu bieten, damit solche Netzwerke entstehen. In der Höfe sind die Standortfaktoren attraktive Steuern und Verkehrslage, in Einsiedeln ist es, neben dem Kloster, eine attraktive Infrastruktur für die Gesundheitsbranche mit einem Spital im Mittelpunkt.

Netzwerke aufbauen, Wachstumspole fördern gehören nur zum Vokabular einer Minderheit von Schweizer Politikern. Die Zuger Politik hat wohl gemerkt, dass interessante Steuern allein nicht mehr genügen. Deshalb wohl grüsst in Rotkreuz die Autobahnbenutzer ein Forschungsturm der Roche mit hochwertigen Arbeitsplätzen und 3 Kilometer weiter in Küssnacht dagegen Billigdetallisten mit geringer Wertschöpfung. Es kann ja nicht an der Lage liegen! Allerdings wird in Zug der Boden knapp und die Entwicklung schwappt nach Schwyz über. Zeit somit, aus dieser absehbaren Entwicklung das Beste für die Zukunft herauszuholen. Zum Beispiel im Fänn mit einem von allen getragenen Masterplan mit dem Ziel hohe Wertschöpfung.

Durch den Ausbau der Neat bekommt das Bahnhofareal von Goldau ebenfalls bedeutendes Potenzial: eine Stunde Fahrtzeit nach Bellinzona. Die Gemeinde Arth hat die Chance erkannt, auch Ingenbohl mit dem Zementfabrikareal. Und wie steht es mit dem Zeughausareal in Seewen, das noch dem Bund gehört? Dort wäre womöglich ein idealer Standort, um einen neuen wirtschaftlichen Schwerpunkt in einem Zukunftsbereich wie Medtech, IT oder Cleantech aufzubauen. Aufgabe der Politik ist es, aufgrund einer Marktanalyse das Nutzungspotenzial zu klären und eine Strategie für den Aufbau eines Wachstumspols zu entwickeln. Voraussetzung ist natürlich, dass sich der Kanton das Grundstück vom Bund sichert. Wie so etwas erfolgreich ablaufen kann, zeigt zum Beispiel Fribourg mit der Wiederbelebung der Industriebranche Cardinal.

Klaus Korner, Geschäftsleitung REV Einsiedeln und REV Rigi - Mythen

Diese Ausgabe wird gesponsert von
Schwyzer Kantonalbank
Bahnhofstrasse 3, 6431 Schwyz
www.szkb.ch

Nr.	Datum	Sponsor	428	23.06.2011	Schwyzer Kantonalbank, Bahnhofstrasse 3, 6431 Schwyz
421	25.11.2010	Meister & Co. AG, Schmuckmanufaktur, Hauptstrasse 66, 8832 Wollerau	429	25.08.2011	Lütze, Elektronik Elektrotechnik, Oststrasse 2, 8854 Siebnen
422	16.12.2010	CONVISA AG; Unternehmens-, Steuer- und Rechtsberatung, Schwyz, Pfäffikon, Altdorf	430	29.09.2011	Mattig-Suter und Partner Schwyz, Treuhand- und Revisionsge- sellschaft, Bahnhofstrasse 28, 6431 Schwyz
423	27.01.2011	Garaventa AG, Zweigniederlassung Goldau, Tennmattstrasse 15, 6410 Goldau	431	27.10.2011	Mächler AG, Sandstrahl- und Metallspritzwerk, Zürcherstrasse 104, 8852 Altendorf
424	24.02.2011	PPS Polyvalent PatentService AG, Bahnhofstrasse 12, 6403 Küsnacht am Rigi	432	24.11.2011	A. Betschart Söhne AG, Transport und Heizöl, Schwyzerstrasse 19, 6440 Brunnen
425	29.03.2011	Beat Föhn AG, Plattenbeläge Gätzlistrasse 2, 6440 Brunnen	433	15.12.2011	ROESLE FRICK & PARTNER Rechtsanwälte und Urkundspersonen, Zürich und Pfäffikon / SZ
426	28.04.2011	Arthur Weber AG, Wintersried 7, 6423 Seewen	434	21.01.2012	PVA AG, Böden Holzwerkstoffe, Talstrasse 8, 8852 Altendorf
427	26.05.2011	Glasmanufaktur Buttikon AG, Glashandel, Kantonsstrasse 41, 8863 Buttikon	435	23.02.2012	Sparkasse Schwyz, 6431 Schwyz
			436	29.03.2012	Mythen Center Schwyz, Mythencenterstrasse 15, 6438 Ibach
			437	26.04.2012	A. Tschümperlin AG, Baustoffe, Oberneuhofstrasse 5, 6340 Baar
			438	24.05.2012	Victorinox AG, Schmiedgasse 57, 6438 Ibach